

PROTOKOLL Einwohnergemeindeversammlung

22. November 2024, 20.15 Uhr bis 22.30 Uhr

Gäste:	6	Leandra Sommaruga, Aargauer Zeitung Anne Käppeli, Kinder- und Jugendkommission Mirja Sickert, Kinder- und Jugendkommission Andreas Scherer, KSL Ingenieure AG Andreas Güttinger, Abteilung Finanzen Jasper Coppens, interessierter zukünftiger Einwohner
Entschuldigt:	0	
Stimmberechtigt:	618	
Anwesend:	74	
Absolutes Mehr	38	
Quorum 20% der Stimmberechtigten	124	
Geheime Abstimmung 25% Anwesende	19	
Fak. REFERENDUM	Ja	Beschlussquorum nicht erreicht
Stimmenzähler:		Marcel Rohner und Esther Vecchiet

Andreas Ulrich begrüsst zur diesjährigen Wintergemeindeversammlung.

Die Traktandenliste mit der Ergänzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Akten waren zur Einsichtnahme aufgelegt. Änderungsvorschläge zur Traktandenliste wurden keine gestellt. Die Reihenfolge der Traktanden wird einstimmig genehmigt.

1. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 28. Juni 2024

Das Protokoll der letzten Einwohnergemeindeversammlung vom 28. Juni 2024 wurde von der Finanzkommission geprüft und zur Genehmigung empfohlen.

Diskussion: Diese wird nicht gewünscht.

Antrag: Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 28. Juni 2024 sei zu genehmigen.

Abstimmung: Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 28. Juni 2024 wird ohne Gegenstimme und Enthaltung genehmigt.

2. Verpflichtungskredit über CHF 3'648'000.00 inkl. MWST für die Sanierung Strassen inkl. Werkleitungen im Gebiet Grossacher (Grossacherweg, Bergweg, Alte Gasse, Hogerweg, Humligerweg, Tannenweg)

Remo Nikles ergreift das Wort, um das Projekt zu erläutern und die Ausgangslage aufzuzeigen. Auslöser für das ganze Projekt sei eigentlich der Grossacherweg, welcher in schlechtem Zustand sei. Es sei schnell klar gewesen, dass man eine Gesamtplanung mache und auch die Abhängigkeiten zu anderen Wegen, Strassen und Leitungen anschau. Der Grossacherweg hat Gefälle auf beide Seiten, weshalb man mit dem Abwasser beidseitig zu tun habe. Es liegen Schnittstellen vor mit dem Abwasser, einer alten Reservoirleitung, GEP-Massnahmen und Sauberwasserleitungen. Sauberwasserleitungen seien ein Trennsystem, damit beispielsweise sauberes Dachwasser nicht auch noch über die Kanalisation entsorgt werden muss. So sei das Projekt entstanden, grundsätzlich auf dem Werterhaltungsplan aufgebaut. Er zeigt mithilfe Folien den Zustand weiterer Wege, Strassen, Wasser- und Abwasserleitungen im Gebiet Grossacher, wodurch ein Sanierungsbedarf ersichtlich ist. Beim Hogerweg habe man kritische Bereiche bei der Strasse und kritische Bereiche beim Wasser, bei der alten Gasse sei die Strasse in kritischem Zustand und beim Humligerweg sei es dann wieder das Wasser. Es wurden Bohrungen gemacht, um den Zustand der Strassen zu kennen. Schlussendlich ist das vorliegende Gesamtprojekt daraus entstanden. Der Strassenbau allein würde CHF 1.1 Mio. ausmachen. Ein Trennsystem sei nicht mehr fakultativ, sondern dies müsse nun eingebaut werden. Der Zustand der Wasserleitungen sei teilweise unklar.

Peter Blunschi erwähnt, dass bei der alten Gasse eine Verengung geplant sei beim Eingang zum Föhrenweg. Mit Traktor und Anhänger sei es schon heute kaum möglich, in den Föhrenweg zu fahren. Vor rund 34 Jahren wurde eine Landabtretung vorgenommen für die Strasse in der bestehenden Breite. Er fragt sich, ob wirklich Bedarf für einer Verengung bestehe.

Remo Nikles nimmt den Input entgegen. Es werde eine klare Linienführung angestrebt. Er erläutert, dass die Bauarbeiten sich über vier Jahre verteilen würden, beginnend mit Grossacher- und Bergweg im Jahr 2025, gefolgt von der Alten Gasse im Folgejahr, dann wiederum ein Jahr später der Hogerweg und zuletzt erneut ein Jahr später Humliger- und Tannenweg.

Karl Läuchli meldet sich zu Wort und erwähnt, dass er im Ausschuss der ARA Schmittenbach mitwirke. Die ARA Schmittenbach müsse bis 2030 entscheiden, ob sie eine Fusion anstrebe. Aktuelle Investitionen sorgen dafür, dass sie bis 2040 gut funktioniere, doch anschliessend müsste man viel mehr investieren und deshalb sei eine Fusion mit Würenlingen zu prüfen. In diesem Zusammenhang finde er es extrem wichtig, dass man sich vorbereite und im ganzen Gemeindegebiet deshalb Sauberwasserleitungen sehr hoch priorisiere.

Er stellt den Änderungsantrag, dass der Grossacherweg unumstritten bis zur alten Gasse gemacht werden müsse, der Rest soll zurückgestellt werden und im Gegenzug soll man die Reinerstrasse vom Reinerbach bis zum Sandacherweg anpacken, weil diese sowieso kommen werde. Dort sei eine Sauberwasserleitung vorbereitet und das ganze Erlenweg-Quartier sei vorbereitet für das Trennsystem. Wenn die BNO genehmigt und die Kinderstation entwickelt werde, müsse das Areal auch für die Sauberwasseranlage vorbereitet sein. Ansonsten könne es nicht angeschlossen werden, was eine Gebührenexplosion zur Folge hätte.

Er finde das Gesamtprojekt per se gut, doch seine Empfehlung sei, nicht alles zu machen, man würde sonst zu viel Kapital in ein einziges Projekt investieren.

Selina Wörndli ist auch der Meinung, dass in Anbetracht der finanziellen Situation ein «Aufsplitten» des Projektes sinnvoll sei.

Remo Nikles verweist auf weitere Folien und sagt, dass sich auch der Gemeinderat Gedanken gemacht habe, wie die finanzielle Situation sich bei einer Splittung des Projektes entwickeln würde, wenn man dieser Forderung nach Sauberwasser nachkommen würde.

Grundsätzlich sei es so, dass man in diesem Moment von einer Minimalvariante ausgehen würde. Dass der Grossacherweg saniert werden müsse, sei ganz klar. Man müsse jedoch auch einen Teil des Bergweges sanieren, weil dort Wasser- und Abwasseranschlüsse vorhanden seien und diese die Schnittstelle bilden. Dies sei aus seiner Sicht ganz klar die Minimalvariante, um die man nicht herumkommen würde. Er fragt Karl Läuchli, ob dies seinem Sinn entspreche.

Karl Läuchli bejaht.

Remo Nikles erwidert, dass das Projekt für die nächsten vier Jahre sauber aufgearbeitet sei. Man wisse noch nicht, wie die Schadstoffe im Asphalt bewertet werden würden, wie die Anforderungen an Sauberwasserleitungen sein würden und ob die Annahmen bei der berechneten Regenmenge noch stimmen. Dies werde ein Thema sein, welches der Kanton klären müsse.

Er wiederholt, dass es die Minimalvariante mit Grossacher- und einem Teil Bergweg sei. Es gebe in diesem Projekt gewisse Fragezeichen, die zu klären wären, da beispielsweise Dritte miteinzubeziehen wären wie AEW, Swisscom, Cablecom. Um auch hier transparent zu bleiben, weist er darauf hin, dass Grossacher- und Bergweg nicht teurer geworden seien bei dieser Minimalvariante. Man rede von ca. CHF 1.196 Mio., die die Minimalvariante kosten würde.

Armin Märki fragt, ob er dies richtig interpretiere, dass der ganze Bergweg schlecht sei.

Remo Nikles bejaht dies und sagt, dass der Bergweg ja darum Teil dieses Projekts sei.

Armin Märki fragt, weshalb dann nur der unterste Teil des Bergwegs markiert sei.

Andreas Scherer (KSL Ingenieure AG) weist darauf hin, dass es nicht der Weg, sondern nur die Wasserleitung sei, die sehr alt und in schlechtem Zustand und als roter Strich dargestellt sei.

Armin Märki erwidert, die Wasserleitung sei also auf der ganzen Länge des Bergwegs schlecht, doch beim gezeigten Projekt sei nur das Wiederherstellen des untersten Teils des Bergwegs geplant.

Remo Nikles bemerkt, dass der Bereich ausserhalb Baugebiet nicht betrachtet werde, weil man sonst bis zum Reservoir hochgehen könnte.

Karl Läuchli sagt, dass er genau dies gemeint habe. Wir hätten noch andere Strassen, die ebenfalls "rot" sind. Deshalb sei er der Meinung, dass es schade wäre, wenn man die blau dargestellten Wege machen würde, welche jedoch noch nicht «end-of-life» seien. Er findet, das Geld müsse dort investiert werden, wo man zwingend handeln müsste. Er verweist auf die Wasserleitung nach Rüfenach, die nur knapp auf dem Planausschnitt zu sehen sei, die ebenfalls in schlechtem Zustand und irgendwann zu machen sei. Es werde noch so viel auf die Gemeinde zukommen. Man müsse das Projekt abspecken und die Infrastruktur im betroffenen Quartier möglichst lange nutzen, bis es sinnvoll sei, diese zu erneuern. Es sei denn, es gebe eine Häufung von Wasserrohrbrüchen.

Remo Nikles weist darauf hin, dass die KSL Ingenieure AG bei dem Projekt bereits berücksichtigt hätten, dass man diese Reservoirleitungen bei den Strassenstücken, die man machen würde, in den neuen, richtigen Dimensionen machen würde.

Peter Blunschli fragt, weshalb man nicht die gesamte Leitung Richtung Reservoir beim Bergweg ersetze, die laut Darstellung bereits jetzt in schlechtem Zustand sei.

Remo Nikles erklärt, dass es um eine Grundsatzfrage gehe. Man habe nicht das Projekt "Wasserleitungen Rüfenach" aufgebaut, sondern ein Projekt für das Gebiet Grossacher mit einer gesamtheitlichen Betrachtung von Strassen, Wasser- und Abwasserleitungen. Man könne nicht das geplante Projekt abspecken und stattdessen wild Leitungen ausserhalb Baugebiet ersetzen. Es sei nicht das Ziel, der Ersatz der Reservoirleitungen auf die lange Bank zu schieben, doch daraus müsste ein anderes Projekt gemacht werden. Die Wasserleitung müsse zwar klar ersetzt werden, doch der Ersatz sei vom vorliegenden Projekt nur dort Bestandteil, wo man die Strasse anfasse.

Peter Blunschi fragt, wo Sauberwasserleitungen im betroffenen Gebiet bestünden und wo solche geplant seien.

Remo Nikles erklärt mithilfe des Plans, wo Sauberwasserleitungen entstehen würden (z.B. Alte Gasse und Hogerweg). Er sagt, dass, solange die Sauberwasserleitung nicht komplett bis zum Bach gebaut ist, das Sauberwasser im nächsten Schacht wieder dem Abwasser zugeführt werde. Eine Änderung ist erst möglich, wenn die Strasse angefasst werde. Es sei das übliche Vorgehen, etappenweise Leitungen zu bauen, bis das Leitungsnetz die Entlastung in ein Gewässer ermögliche. Der Input von Karl Lächli habe verdeutlicht, dass man mit dem Zurückstellen des geplanten Gesamtprojekts bei der Reinerstrasse die Möglichkeit gebe, in einem weiteren Projekt zuerst den Hebel anzusetzen und durch den Bau einer Leitung bis zum Bach zuerst die Entlastung hinkriegt.

Patrick Florin fragt, ob es bei einem Entscheid für die Minimalvariante teurer werde, wenn später der Rest des Gebiets gemacht werden müsse.

Remo Nikles verneint und sagt, dass für erhebliche Ersparnisse die Vergabe des Gesamtprojekts als Ganzes erfolgen müsste, damit das Projekt für Baumeister attraktiv sei und diese preislich entgegenkommen könnten. Es liege auf der Hand, dass man, wenn man die Arbeiten auf mehrere Jahre aufteile, damit es für uns finanziell erträglich sei, den Preisvorteil der Baustellen-Installation vergeben habe. Wenn man im Projektbericht nachschau, habe man aber nicht nahtlos Arbeit für vier Jahre. Gebaut wäre es in 2.5 Jahre. Der Entscheid für die Minimalvariante würde also keinen wesentlichen Nachteil geben.

Alfred Häusermann erkundigt sich, wo der Installationsplatz beim Grossacher geplant wäre.

Remo Nikles sagt, dass dies noch nicht klar sei im Moment, denn man sei noch nicht so konkret im Projekt.

Geri Schlatter bringt sich mit seiner Berufserfahrung ein und sagt, dass die Installation Sache des Unternehmers und nicht der Gemeinde sei.

Alessandro Vecchiet bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen. Er stelle formell einen Rückweisungsantrag. Rückweisung hiesse, es ginge zurück an den Gemeinderat, um gewisse Sachen nachzubessern, wenn die Gemeindeversammlung dies annehme.

Er habe das Ganze aus Sicht der Finanzen angeschaut. Natürlich habe man bei der Finanzplanung den Auftrag, mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu präsentieren. Der Plan von heute sei der Fehler von morgen. 2024 habe man ein Investitionsprogramm vorliegen, mit Investitionsbedarf für die nächsten zehn Jahre über CHF 6.6 Millionen.

Niemand könne sage, ob es dabeibleiben werde. Es sei in den Unterlagen mit einem unveränderten Steuerfuss von 118% gerechnet worden. Wenn er die letzten drei Jahre anschau, habe man jeweils ein operatives Ergebnis (RG 2023, Budget 2024 und Budget 2025), welches jeweils im Minus abschliesse. Das müsse man auch irgendwann zahlen.

Er selber rechne beim Minus von CHF 730'000.00 mit einem solchen von CHF 874'000.00. Die Differenz komme daher, dass er die Finanzierungen samt Spezialfinanzierungen anschau. In der Wasserrechnung sei ein kleines Minus von CHF 20'000.00 budgetiert. Beim Investitionsprogramm sehe man ein Minus von CHF 717'000.00, und zwar ein Finanzierungsfehlbetrag für das Budget 2025. Dadurch drehe sich das Nettovermögen von CHF 460'000.00 in eine Nettoschuld von CHF 255'000.00. Natürlich werde dies aktiviert und ordentlich abgeschrieben, dies sei nicht das Thema. Nichtsdestotrotz seien es Ausgaben, die man stemmen müsse.

Über welche Rechnung die Deckung erfolge, also ob über Steuern oder über Gebühren, das sei eine andere Geschichte. In der Abwasserbeseitigung habe man in den letzten drei Jahren rund CHF 45'000.00 budgetiert und bei der Rechnung Minus gemacht. Man habe auch dort einen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 200'000.00 für 2025, was unser Nettovermögen auf CHF 1.2 Millionen reduziere.

Die Auswirkungen seien in sogenannten Kennzahlen ersichtlich:

Man habe aktuell laut Budgetunterlagen eine Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 2'000.95. Man habe einen Selbstfinanzierungsgrad von 1.3%. Der Kanton würde über 50% fordern, dies könne aber in einem Jahr einmal stark abweichen, dies sei durchaus denkbar. Der Selbstfinanzierungsanteil sollte über 10% sein, man sei mindestens bei 1%. Einfach als Faktum. Der Kapitaldienst, den man leiste, sei mit 13.5% relativ hoch, sozusagen am Limit von 15%, die der Kanton vorgebe. Und dies seien die Zahlen ohne Spezialfinanzierungen.

Es werde im Bericht korrekt gesagt, dass man im Planungshorizont von 2025 – 2034 mit einem betrieblichen Verlust rechnen müsse. Dies heisse mit anderen Worten, dass man vom Eigenkapital leben würde. Finanzierungen seien angegeben von CHF 663'000.00 pro Jahr im Schnitt. Man trage jedoch nur CHF 155'000.00 als Selbstfinanzierung bei. Dies macht rund CHF 5'800'000.00, die man neu an Schulden generiere.

Er habe nicht alles verstanden, beispielsweise weshalb die Selbstfinanzierung im Jahr 2032 plötzlich positiv sein sollte. Wenn er von einer Nettoschuld ausgehe, bei welcher der Kanton sage, dass ungefähr CHF 220'000.00 in Ordnung seien, dann wäre es fast 2.5 Mal so viel, wie empfohlen.

Für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt seien die Ausgaben auf das Notwendigste zu beschränken. Diese Sicht habe er bei der heutigen Gemeindeversammlung nicht gesehen. Fairerweise sei im Bericht erwähnt, dass eine Steuerfusserhöhung nicht ausgeschlossen sei. Mit diesem Verschuldungsgrad sei eine Steuerfusserhöhung unumgänglich. Der kantonale Median liege bei 106%. Das würde heissen, Stand heute und max. 25% dazugerechnet, könnte dies 131 Steuerprozent geben, Tendenz steigend.

Er sage nicht, dass es so sei, aber er hätte gern gesehen, wie man es plane. Er sei der Meinung, dass das Votum von Karl Läuchli und seiner Vorrednerin in einem solchen Rückweisungsantrag aufgenommen werden könnte. Er habe bei vielen Sachen den Eindruck erhalten, dass sie vielleicht noch nicht ganz ausgereift oder zu gross seien. Er habe konkret vier Anliegen mit seinem Rückweisungsantrag:

1. Er wolle gern wissen, was wirklich notwendig sei. Wo dulde es keinen Aufschub, weil es einem sonst «um die Ohren fliegen» würde?
2. Welche Auswirkungen hätte das auf den Steuerfuss?
3. Was seien die Auswirkungen auf die Gebühren der Wasserwerke bei diesen Sanierungen, welche geplant seien?
4. Was seien die Auswirkungen auf die Gebühren bei der Abwasserbeseitigung?

Die einzelnen Projekte seien sauber dargestellt worden, allerdings wolle er gern mehr wissen. Deswegen bitte er um Abstimmung über seinen Rückweisungsantrag.

Tanja Hallauer bezieht sich auf die Selbstfinanzierung 2032 und sagt, dass die Abschreibung des Schulhaus-Neubaus in jenem Jahr fertig sei, was einem grossen Betrag entspreche, der danach weg falle.

Alessandro Vecchiet bedankt sich für die Erklärung und gibt zu bedenken, dass dies jedoch das Gesamtproblem noch nicht löse.

Andreas Ulrich gibt zu verstehen, dass das Gesamtproblem mit Illustrationen beim Budget aufgezeigt werde, das sei dem Gemeinderat nicht entgangen. Man müsse nun schauen, dass man formell richtig handle mit den verschiedenen Anträgen. Man müsse zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen. Wenn der Rückweisungsantrag angenommen werde, dann sei das Geschäft zurückgewiesen und man könne zum nächsten Traktandum gehen. Wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt werde, dann müsse über den Änderungsantrag von Karl Läuchli abgestimmt werden gegenüber dem Originalantrag des Gemeinderats und zuletzt gebe es eine dritte Abstimmung darüber, ob man demjenigen der beiden Anträge, der das Rennen gemacht habe, zustimmen wolle. Zuerst werde nun abgestimmt, ob das Geschäft mit diesem Traktandum zurückgewiesen werden sollte. Es käme dann voraussichtlich an der nächsten Gemeindeversammlung wieder auf das Parkett. Er erkundigt sich, ob es Fragen gebe zum Vorgehen, doch es meldet sich niemand.

Abstimmung zum Rückweisungsantrag von Alessandro Vecchiet:

JA	41
NEIN	28
Enthaltungen	2

Der Rückweisungsantrag ist mit somit 41 Ja-Stimmen angenommen worden.

3. Verpflichtungskredit Wasserleitung im Riedweg in der Höhe von CHF 360'000.00 inkl. MWST

Remo Nikles erklärt, dass der Riedweg projektiert und an sich parat zum Bauen sei. Von verschiedenen Seiten wurde an ihn herangetragen, dass noch eine Wasserleitung fehle. Man habe bereits Medienrohre eingeplant, die man verwenden könnte. Diese können jedoch nicht explizit als Wasserleitungen verwendet werden und nun müsse nachträglich noch die Wasserleitung eingeplant werden. Diese Leitung erfüllt den Zweck, von der Strasse bis zum Ried eine neue Leitung zu haben und dort im Endausbau das Pumpwerk Ried anzuhängen. Die zweite Funktion der Leitung wäre die Notleitung plus Löschwasser für einen noch nicht existierenden Hydranten beim Riedhof.

Und in der dritten Etappe gehe es darum, eine Verbundsleitung mit Remigen und deren Pumpwerk zu erstellen. Eine Verbundsleitung sei noch nicht Pflicht. Der Kanton weise jedoch darauf hin, dass man sich in den Gemeinden untereinander in Notlagen selber aushelfen können sollte, was dieses Stück Leitung ermöglichen würde.

Eigentlich hätten im 3. Quartal 2024 die Bauarbeiten beginnen können. Hier musste man nun den weiteren Prozess wegen der Wasserleitung anstossen, weil sie vorher noch nicht Teil der Planung gewesen sei. Somit sei der Baubeginn neu im 2. Quartal 2025 geplant.

Die Wasserleitung koste sage und schreibe CHF 360'000.00, allein das Material sei extrem teuer, zudem müsse sie tief in den Boden und separat eingepackt werden. Zu erwähnen sei noch, dass die Wasserleitung damit noch nicht am Reservoir angeschlossen sei. Für den Anschluss sei ein separates Projekt in den Wasserschutzzonen 1 und 2 aufzugleisen. Er verdeutlicht, dass man die Leitung nicht dringend brauche, doch dass es aktuell schwierig wäre, einen Brand beim Riedweg zu löschen, da der nächste Hydrant beim Pumphauschen vorne sei und dieser nicht einmal die erforderliche Durchflussmenge erfülle, um einen Brand zu löschen. Er weist noch darauf hin, dass auch diese Leitung abgeschrieben werde. Diese Leitung werde jedes Jahr in finanzieller Hinsicht wieder auftauchen. Die Kosten von CHF 360'000.00 würden einmal ausgegeben werden und dann fortlaufend abgeschrieben.

Peter Vogt ist der Meinung, dass die Aargauische Gebäudeversicherung (AGV) beim Platzieren eines Hydranten etwas daran zahle.

Remo Nikles bejaht und sagt, dass der Antrag für eine Beitragszusicherung beim AGV bereits durch die Ingenieure gestellt wurde.

Peter Blunschi stellt die Frage, ob die Dimensionen der Leitung bei einem zukünftigen Anschluss an Remigen auch passen würden.

Remo Nikles erwidert, dass man mit Remigen im Gespräch gewesen sei. Die Ingenieure hätten natürlich miteinander geredet und dies würde funktionieren.

Selina Wörndli fragt, ob diese CHF 360'000.00 nur die Wasserrechnung belasten würde.

Remo Nikles bejaht dies.

Karl Läuchli fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass bei diesen CHF 360'000.00 noch kein Wasser auf der Leitung sein werde, was Remo Nikles bejaht, worauf Karl Läuchli bezweifelt, dass die AGV dann wirklich Beiträge zahlen werde. Er schlägt zudem vor, die Vorarbeiten zur Verbundsleitung mit Remigen auf ein Minimum zu reduzieren und sicherheitshalber einen Entscheid der Remiger an einer Gemeindeversammlung abzuwarten, damit nicht vergeblich gebaut werde.

Fabian Märki erwähnt, dass er überrascht gewesen sei ob der hohen Kosten für diese Wasserleitung zum Riedhof und fragt, ob bei diesem Projekt auch jemand auf die Kosten schauen werde.

Remo Nikles bestätigt, dass es ein Projekt-Controlling gäbe. Es seien uns die Materialkosten-Zahl von CHF 270 – 280 pro Meter PE-Rohr mitgeteilt worden und diese Zahl sei von mehreren Personen vom Baugewerbe bestätigt worden. Das Ziel sei, ein Minimum zu bauen. Wenn eine Verbundsleitung bis zur Grenze gebaut werde, dann werde man einen Kostenverteiler mit Remigen finden müssen. Ohne das Stück bis zur Grenze würde es zwar ein bisschen günstiger sein, aber es wäre bloss eine Leitung zu einem Hydranten beim Riedhof und die Kosten müssten allein von Rüfenach getragen werden.

Matthias Schwarz stellt die Frage, ob die Wasserleitung im Radweg bis zur Kreuzung Riedweg vorbereitet sei.

Remo Nikles bestätigt dies und ergänzt, dass die alte Leitung zurzeit noch über das Land der Familie Schwarz (Zelglihof) führe, danach sollte sie entlang dem Riedweg geführt sein.

Antrag: Der Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 360'000.00 inkl. MWST für die Wasserleitung im Riedweg sei zu genehmigen.

Abstimmung: Der Verpflichtungskredit wird mit 56 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen genehmigt.

4. Verpflichtungskredit für bauliche Massnahmen zwei Schulzimmer von CHF 55'000.00 inkl. MWST

Andreas Ulrich erklärt, weshalb diese baulichen Massnahmen gemacht werden müssen: Man habe steigende Schülerzahlen und bereits im Frühsommer 2024 sei seitens Schule die Meldung gekommen, dass ab 2025 zusätzlicher Schulraum benötigt werde, um die Schüler gemäss den Vorgaben beschulen zu können. Zwei Schulzimmer seien alt und würden den heutigen Vorschriften betreffend Schallisolation nicht mehr genügen, weshalb sie aufgerüstet werden müssten mit Schallschutzmassnahmen, gewissen Maler- und Gipserarbeiten und einigen Beleuchtungsanpassungen (Umstellung auf LED). Man habe Erfahrungen gesammelt und mit den Architekten angeschaut, was es kosten würde.

Diskussion: Diese wird nicht gewünscht.

Antrag: Der Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 55'000.00 inkl. MWST für bauliche Massnahmen an zwei Schulzimmern im Schulhaus sei zu genehmigen.

Abstimmung: Der Verpflichtungskredit wird mit 64 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen genehmigt.

5. Verpflichtungskredit Belagssanierung Reinerstrasse (Alte Gasse bis Sandacherweg) in der Höhe von CHF 125'000.00 inkl. MWST

Remo Nikles betont vorab, es gehe nicht um einen Strassenersatz. Es breche immer mal wieder ein Teil der Strasse weg. Man könne weiter beim Unterhalt mit der "Kesseli-Politik" verfahren. Dies scheint nicht weiter zielführend zu sein. Auch Investitionsstopp könnte gemacht werden, indem man dann weiter mit der "Kesseli-Politik" da und dort flicken gehe. Der Belag der Reinerstrasse müsse auf 200 Laufmeter, 7 Meter breit, ersetzt werden. Es gehe darum, in der Minimalvariante den Belag abzukratzen und dann frischen Belag anzubringen, damit man wieder darüberfahren könne für die nächsten hoffentlich fünf Jahre.

Wie man eine Belagssanierung effektiv realisieren würde, sei noch nicht so klar. Eine Vollsperrung der Reinerstrasse würde für das Postauto Schwierigkeiten bedeuten.

Eine Teilspernung würde heissen, dass man die Fahrbahnhälften abwechselungsweise bearbeite, doch es sei nicht sehr breit und darum für das Postauto wohl nicht befahrbar. Das Ziel sei, dass man mit dem Löcher-Füllen aufhören könne und hoffentlich ein paar Jahre lang Ruhe habe bis zu einem Projekt zum Ersatz und/oder Neubau der Leitungen.

Es sei im betroffenen Bereich kein Gehweg betroffen.

Michael Walser fragt, was das Auffüllen mit Teer-Kessel heute koste.

Remo Nikles antwortet, dass die jährlichen, reinen Materialkosten für die Teer-Auffüllungen ungefähr bei CHF 2'500.00 lägen, aber es wären noch die Arbeitsstunden zu berücksichtigen. Man habe einfach festgestellt, dass sich das Auffüllen häufe und dass es immer schwieriger werde, die Füllungen in den Löchern zu behalten. Es sei klar, dass die Strasse und die Leitungen gemacht werden müssten, doch es sei noch nichts projektiert. Bis diese Strasse gebaut werden könne, würden noch mindestens drei Jahre vergehen.

Justus Mylius will wissen, ob es ein Flüsterbelag sein werde.

Remo Nikles kann es nicht sagen, es werde aber sicher jener Belag sein, der am wenigsten aufwendig sei. Man setze wenig Wert auf Komfort, sondern wolle einfach, dass es halte.

Pascal Mantovani spricht das Verhältnis der Kosten des aktuellen Auffüllens gegenüber der Sanierung in der Höhe von CHF 125'000.00 an.

Remo Nikles gibt zu bedenken, dass man nicht wisse, wie lange das ständige Auffüllen überhaupt noch möglich sei, dass möglicherweise einmal ein grösseres Stück Strasse wegbreche und dass die Sanierung grundsätzlich fünf Jahre lang für Ruhe sorgen würde.

Antrag: Der Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 125'000.00 inkl. MWST für die Belagssanierung der Reinerstrasse im Bereich Alte Gasse bis Sandacherweg sei zu genehmigen.

Abstimmung: Der Verpflichtungskredit wird mit 55 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen genehmigt.

6. Schulsozialarbeit SSA an der Primarschule und im Kindergarten; Erhöhen Stellenprozent um 10%

Barbara Fabritius erläutert, dass an der Sommer-Gemeinde 2017 darüber abgestimmt wurde, ob man bei der Schule Rüfenach eine Schulsozialarbeit integrieren möchte. Zusammen mit den Geissberg-Gemeinden sei die Schulsozialarbeit im Jahr 2018 zu je 10% gestartet worden.

2020 habe Remigen die Stellenprozente erhöht, Bözberg habe dies im 2023 und Riniken im 2024 gemacht. Der Kanton empfehle ab einer Schülerzahl von 375 Schülerinnen und Schüler ein 100%-Pensum bezüglich Schulsozialarbeit.

Man habe zurzeit 10% und wäre also für 38 Schüler abgedeckt, doch man habe rund 80 Schüler in Rüfenach. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn man das Pensum auf 20% erhöhen würde.

Eine Aufstockung hätte folgende Vorteile: Es würde Lehrpersonen entlasten, die Vermittlung Schüler - Lehrperson und Schüler - Eltern wäre einfacher, Probleme würden früher erkannt werden, wodurch später Therapiekosten gespart werden könnten.

Die Schulsozialarbeit sei darauf sensibilisiert, Gefahren frühzeitig zu erkennen und dann entsprechend zu handeln. So könnten Gewalt, Eskalationen, Streitigkeiten und Mobbing frühzeitig reduziert werden. Positiv sei auch, dass, wenn die Schulsozialarbeit regelmässig an der Schule sei, sie den Kindern bekannt sei. Sie sei eine Person, der man vertraue und der man vielleicht auch eher Probleme von zuhause anvertraue. Gefahrenmeldungen von zuhause könnten so also auch rascher gemacht werden.

Es gebe auch Vorteile für Lehrpersonen und Eltern, indem Projekte zu verschiedenen Themen gestartet und aufgenommen werden können. So können Themen wie Kommunikationsfähigkeit aufgenommen, Konfliktstrategien erarbeitet und Gruppenarbeiten gemacht werden.

Beispielsweise habe man schon heute im Kindergarten die "Friedensbrücke", was bei Kindern im Kindergarten starte und bis zur sechsten Klasse bekannt sei. Es gehe darum, wie man auf dem Pausenplatz mit Konflikten umgehe. Das Gleiche seien die sog. Peacemaker der fünften und sechsten Klasse. Wenn es Konflikte unter Schülern gebe, seien diese Peacemaker, also andere Schulkolleginnen und -kollegen, da, um bei Konflikten frühzeitig zu unterstützen und zu schlichten.

Dies alles und auch der "Klassenrat" seien Themen, die durch die Schulsozialarbeit in Rüfenach eingeführt worden seien. Es wäre auch möglich, Workshops zu machen mit den Schülern zusammen oder vielleicht auch den Eltern zu den Themen Mobbing, Stress und Medienkompetenz. Durch die Schulsozialberatung sei es zudem für Eltern möglich, Unterstützung zu holen bei Konflikten oder Unsicherheiten. So sei es möglich, eine Hemmschwelle zu überwinden, um eine Fachperson zu kontaktieren.

Die Situation sehe im Moment wie folgt aus: Sina Wüthrich sei seit November 2023 jeweils Montagmorgen oder Montagnachmittag an der Schule Rüfenach tätig. Man habe festgestellt, dass die Schüler vor allem letztes Jahr vermehrt Einzelsprechstunden mit ihr gesucht hätten, ohne Anmeldungen oder dergleichen. Sie habe so Raum zur Verfügung gestellt, um mit ihr über Probleme in der Schule oder privat zu reden. Auch Eltern hätten sich vermehrt gemeldet und Unterstützung gesucht hätten in Bezug auf das Familienleben oder mit Konflikten mit der Schule. Eine Statistik zeige auf, wie es letztes Jahr ausgesehen habe. Der grösste Anteil seien Einzelberatungen von Kindern. Klassenbesuche habe Frau Wüthrich machen können, aber natürlich nicht so viele. Elternarbeit sei auch ein Teil gewesen. Die Prävention komme jedoch viel zu kurz, im Moment könne man lediglich das "daily business" abdecken, weil Frau Wüthrich zu wenig Kapazität habe. Zudem habe sie auch zu wenig Kapazität für alle Kinder. Manchmal müsse sie gar entscheiden, welches Kind Priorität habe, also welcher Fall schlimmer sei und dadurch müssen andere Kinder getröstet werden.

Aus diesem Grund stelle der Gemeinderat den Antrag, damit man mehr auf Prävention achten könne und auch eher alle Schüler gleich behandeln könne.

Das Schöne sei, dass Frau Wüthrich auch bei einem Pensum von 20% bei der Schule Rüfenach anwesend wäre, es würde also nicht eine andere Person kommen. Die Schülerinnen und Schüler kennen sie und haben Vertrauen zu ihr. Es wäre super, wenn man dies nach den Sportferien starten könnte, damit man so schnell wie möglich den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern gerecht werden könnte.

Diskussion: Diese wird nicht gewünscht.

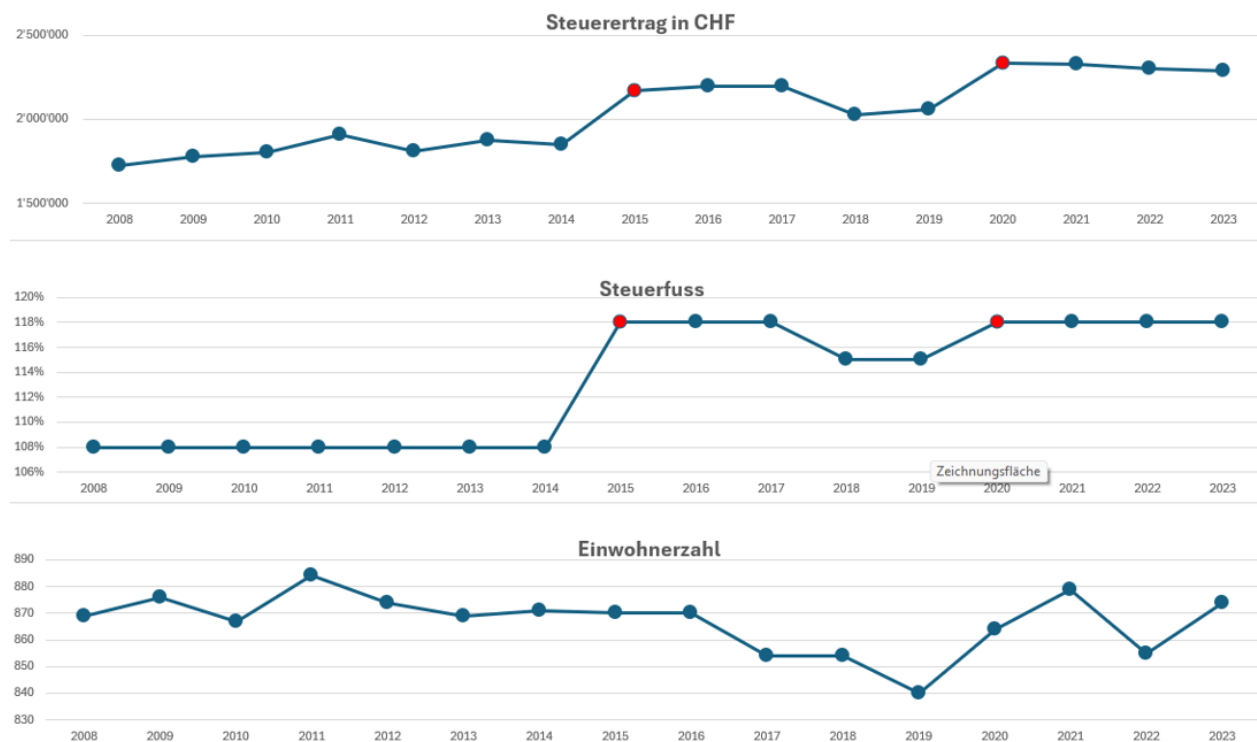
Antrag: Das Pensum für die Schulsozialarbeit SSA sei um 10% zu erhöhen.

Abstimmung: Die Pensenerhöhung wird mit 59 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen genehmigt.

7. Voranschlag 2025

Tanja Hallauer erläutert, dass in drei Budget-Runden der Gemeinderat sich intensiv mit den Zahlen auseinandergesetzt habe. Es wurde um jeden Franken gefeilscht und man habe versucht, Beträge von 500.00 bis CHF 5'000.00 zu streichen.

Sie erläutert anhand verschiedener Folien die Entwicklung der Finanzen der Gemeinde sehr ausführlich.

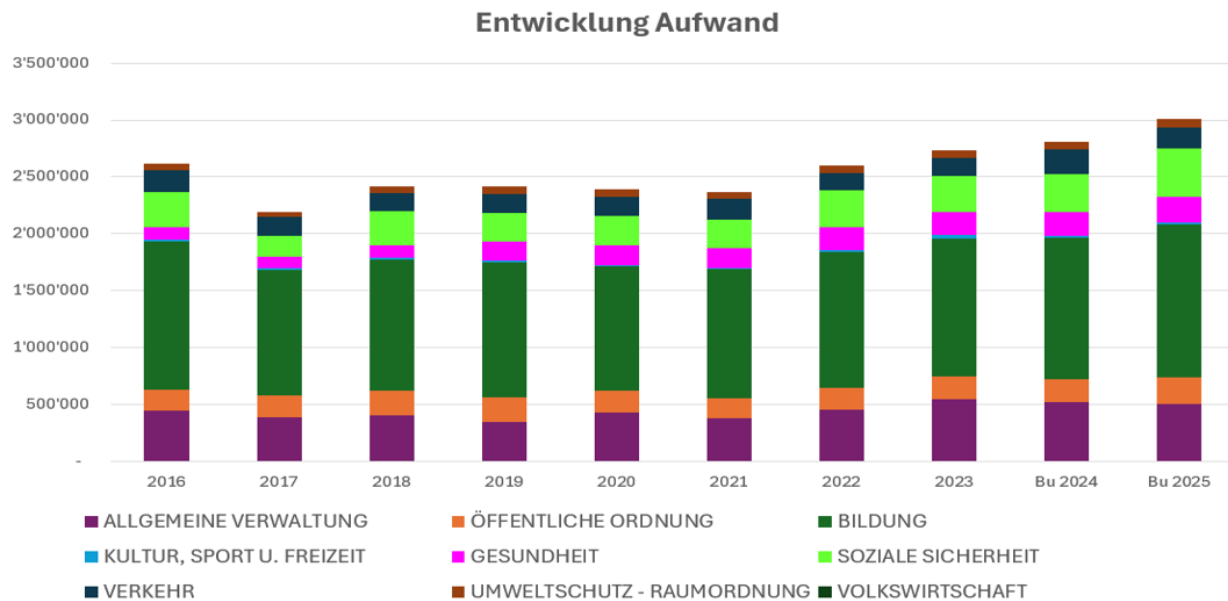


Im Jahr 2014 habe man den Steuerfuss um 10 Steuerprozent erhöht. Das habe damals rund CHF 370'000 Mehreinnahmen gebracht. Wenn man also das aktuelle Defizit auf Null hinausstreichen wolle, müsste man erneut um 10% hochgehen. Dann hätte man hingegen nur das Minus gedeckt, aber noch nichts von den Investitionen. Im Jahr 2018 sei der Abtausch gewesen, bei dem der Kanton drei Steuerprozent erhöhte und die Gemeinden drei Steuerprozent hinuntergingen. Im 2020 habe man diese drei Steuerprozent über das Budget wieder erhöht.

Der aktuelle Steuerfuss von 118% sei genau mit den Corona-Jahren zusammengefallen. Im Gegensatz zur Aussage von Alessandro Vecchiet habe sie ein Kantonsmittel von 101,4% herausgefunden. Die Entwicklung der Einnahmen gesamthaft sehe bis 2020 eigentlich gar nicht so schlecht aus, doch dies täusche. Man habe gewisse Sondereffekte, Grundstückgewinnsteuern, mal grössere und mal kleinere Steuererträge bei juristischen Personen, doch das Konstante seien die allgemeinen Steuern der Einwohnerinnen und Einwohner und diese seien mit einer kleinen Abweichung in den letzten vier Jahren rückläufig. Man habe ein "strukturelles Defizit", wie es ein Betriebswirtschaftler nennen würde. Im gesamten Kanton würden die Steuereinnahmen

immer ca. 2,4 – 2,5% steigen. Rüfenach gehöre zu den 49 Gemeinden bzw. 25% Gemeinden, bei denen dies nicht der Fall sei. Sie stellt die rhetorische Frage, wo man den Hebel ansetzen könne. Sie habe die Aufwendungen bewusst über die letzten 10 Jahre zusammengestellt, weil die zwei Corona-Jahre eine gewisse Verfälschung darstellen und ein vermeintlich gutes Bild gegeben haben, was nicht stimme.

Budget 2024 und Budget 2025

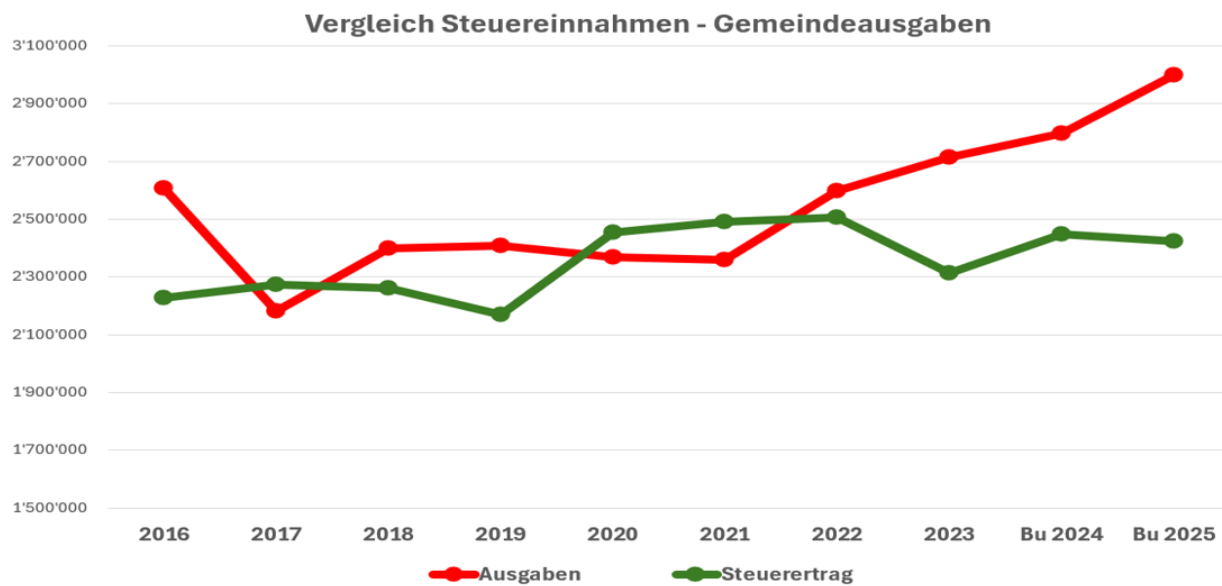


Eine der grössten Abweichungen im Budget sei beim Bildungsteil festzustellen. Dort sei man im 2025 gegenüber Budget 2024 CHF 100'000.00 höher, gegenüber Rechnung 2023 CHF 125'000.00 höher. Davon würde der Besoldungsanteil an den Kanton vom Kindergarten CHF 45'000.00 und von der Primarschule CHF 34'000.00 ausmachen. Die steigenden Kinderzahlen seien generell ein Kostentreiber und die Mehrkosten der Schulsozialarbeit seien bei rund CHF 14'000.00 und bereits im Budget 2025 ausgewiesen.

Es seien jedoch noch keine Abschreibungen zum Kindergarten enthalten, weil die Kreditabrechnung erst nächstes Jahr komme.

Im Posten "Gesundheit", der pinke Teil auf der Folie, wurde eine Zunahme bei der Pflegefinanzierung von CHF 25'000.00 und in der sozialen Sicherheit (Sockelbeitrag vom Mittagstisch mit CHF 18'000.00 + Defizitbeitrag für die Tagesstrukturen mit dem Maximalverpflichtungsbetrag von CHF 42'000.00) festgestellt. Als kleinen Einschub erwähnt sie, dass dies Maximalverpflichtungsbeiträge seien, die im Budget berücksichtigt werden müssen und dass sie in der Folgeweche an der Gemeindeversammlung Riniken zu Gast sei, wo über den Anschluss an die Tagesstrukturen Rüfenach abgestimmt werde. Das Asylwesen bleibe weiter ausgeglichen. Dies sei an der letzten Gemeindeversammlung eine Frage gewesen. Man habe halt immer weitere unvorhersehbare Kosten, z.B. Restkosten Sonderschulen, Heimkosten.

Auf einer Folie stellt sie die Ausgaben dem Steuerertrag gegenüber. Dies ohne Berücksichtigung von Finanzausgleich, ohne Grundstückgewinnsteuer etc., die noch dazukommen würden.



Je schlechter die Rechnung aussehe, desto mehr komme dann wieder aus dem Finanzausgleichstopf. Dies sei jedoch nie so viel, wie die Ausgaben steigen und die Steuereinnahmen rückläufig seien. Die Schere gehe auf und es stelle sich die Frage, wie man sie schliessen könne.

In Bezug auf die Ausgaben habe man vorher abgestimmt, dies sei bis zu einem gewissen Grad bereits im Budget berücksichtigt. Zu schrauben sei nun an den Einnahmen und es gebe verschiedene Wege dazu, beispielsweise eine Steuerfusserhöhung.

Man müsse sich jedoch auch Gedanken machen, wie man das Dorf attraktiver machen und Neuzuzüger, also zusätzliche Steuereinnahmen, ins Dorf bringen könne. Leere Kubaturen würden keine Steuern zahlen. Wenn man Liegenschaften leer stehen lasse oder Grundstücke nicht überbaue, würden auch keine weiteren Leute nach Rüfenach kommen.

Gewisse Sachen seien natürlich blockiert, bis die neue Bau- und Nutzungsordnung durch ist, aber es werde auch dann noch eine Weile gehen, bis diese Projekte realisiert werden könnten. Sie sei sehr bei den Herren, die sich in vorangehenden Traktanden für eine strukturierte und klare Planung ausgesprochen hätten. Man werde über kurz oder lang nicht um gewisse Mehreinnahmen herumkommen und das müsse man berücksichtigen.

Das Budget 2025 basiere auf den Zahlen mit allen Krediten, die im Antrag drin gewesen seien. Mit dem Rückweisungsantrag ändere das Budget nun nicht. Es gebe dann einfach eine Abweichung in der Rechnung gegenüber dem, was budgetiert worden sei. Man werde nun über dieses Budget samt den Positionen, die abgelehnt wurden, abstimmen. Das Budget 2025 zeige bei der Einwohnergemeinde ein Minus von CHF 350'000.00. Bei der Wasserversorgung, das habe man bereits gehört, sei man auch leicht im Minus. Man musste mit weniger Wassereinkauf budgetieren. Bei der Abwasserbeseitigung sei dann die Konsequenz daraus und bei der Abfallbewirtschaftung hoffe man, dass es wenigstens ungefähr ausgeglichen sei.

Diskussion: Diese wird nicht gewünscht.

Antrag: Das Budget 2025 und der gleichanhaltende Steuerfuss von 118% der sei zu genehmigen.

Abstimmung: Mit 68 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen wird Budget 2025 und der Steuerfuss von 118% genehmigt.

8. Verschiedenes und Umfragen

Andreas Ulrich berichtet über ein paar aktuelle Themen.

BNO-Revision

Diese sei heute auch schon öfter genannt worden. Zurzeit laufe die zweite kantonale Vorprüfung und man warte auf Rückmeldung. Es habe infolge Mutterschaftsurlaub bei der kantonalen Verwaltung eine Verzögerung gegeben. Sobald man diese Rückmeldung erhalten habe, werde es eine Auflage geben, voraussichtlich Anfang 2025. Dann komme es zur Beantwortung von Einwendungen aus der ersten öffentlichen Auflage, denn sobald man den Vorprüfungsbericht habe, könne man auch offiziell antworten. Anschliessend folge die zweite öffentliche Auflage mit entsprechenden Änderungen. Man müsse danach schauen, welche Einwendungen noch vorhanden seien und je nach zeitlichem Bedarf werde man entscheiden, ob man das Traktandum an der ordentlichen Gemeindeversammlung im Sommer 2025 oder sogar früher an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung behandle.

Tempo 30

An der Gemeindeversammlung im Sommer 2024 erwähnte der Gemeinderat seinen Plan, einen Workshop/Austausch zum Tempo 30 durchzuführen. Beim Erstellen des Budgets 2025 habe man festgestellt, dass die Einführung von Tempo 30 weit über CHF 50'000.00 kosten würde. Der Nutzen sei aus seiner Sicht umstritten, da man in den Quartierstrassen ohnehin nicht sehr schnell fahren könne und da diejenigen, die heute schon zu schnell fahren, auch bei Tempo 30 zu schnell fahren würden. Aus diesen Gründen habe der Gemeinderat entschieden, den Workshop abzusagen. Es würden noch einzelne Anträge vorliegen, die der Gemeinderat ordentlich behandle und über die er – aufgrund von Zahlen und Fakten, die gerade erhoben würden – entscheiden werde.

Er führt weiter aus, dass der Gemeinderat diverse Anmerkungen und auch ein, zwei schriftliche Anfragen dazu eingegangen seien. Man habe entschieden, dies systematisch anzuschauen und nicht mit vereinzelter "Pflasterli-Politik" eine punktuelle Lösung zu suchen. So wollte man zunächst mithilfe eines Workshops einen Austausch ermöglichen und zusammen mit der Bevölkerung schauen, ob es überhaupt ein Thema sei, das eine Mehrheit für notwendig finde. Der Gemeinderat habe das ganze Thema nun zurückgestellt, einfach auch aus finanziellen Überlegungen.

Aus dem Plenum kommt die Frage nach den Resultaten der Verkehrsmessung, die vor zwei Wochen in Vorderrein stattfand.

Andreas Ulrich fragt bei Gemeindeschreiberin Dagmar Bochsler nach und sagt danach, dass keine Resultate bekannt seien.

Remo Nikles informiert zum Thema des Kassensturz-Beitrags über Metolachlor im Trinkwasser. Diverse Gemeinden könnten demnach den neuen Grenzwert per 2025 nicht mehr einhalten, wobei Rüfenach namentlich erwähnt wurde. Man habe im Nachgang des Berichts alle Daten eingefordert des Zulieferanten, also der IBB. Die Daten seien rasch übermittelt worden und würden bei $< 0,020 \mu\text{g/l}$ liegen, also weit weg vom neuen Grenzwert von $0,1 \mu\text{g/l}$. Rüfenach sei im Kassensturz-Beitrag mit $0,17 \mu\text{g/l}$ erwähnt worden, wodurch der Grenzwert überschritten wäre. Vor zwei Tagen habe man auch die Zahlen vom Amt für Verbraucherschutz erhalten. Bis jetzt konnte nichts kommuniziert werden, da nicht klar war, wo und wann gemessen wurde. 2018 habe der Kanton Aargau bei Inspektionen, bei denen die Brunnenstube Hasebrunne und der Quelleinlauf Ried miteinbezogen wurden, $0,17 \mu\text{g/l}$ gemessen. Im 2022 sei eine weitere Inspektion gewesen, wobei $< 0,020 \mu\text{g/l}$ resultierten. Die nächste Inspektion sei im Jahr 2026. Diese Datengrundlage sei geliefert worden. Die kantonale Verwaltung habe auch per E-Mail bestätigt, dass man in Rüfenach den neuen Grenzwert bei weitem einhalte. Eigentlich seien diese Grenzwerte provisorischer Natur aus dem Bewilligungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln. Die Herabsetzung des Grenzwerts von $10 \mu\text{g/l}$ auf $0,01 \mu\text{g/l}$ habe keinen Einfluss auf die Trinkwasserqualität, man habe kein schlechtes Wasser in Rüfenach, das Wasser sei unverändert trinkbar.

Aus dem Plenum kommt der Hinweis, dass es noch gut wäre, wenn man bei einem solchen Fall, wo die Gemeinde in der Presse oder in der Tagesschau erwähnt werde, doch bitte frühzeitig direkt kommunizieren würde, beispielsweise durch das Mitteilungsblatt. Man könnte ja auch kommunizieren, dass man noch nichts wisse.

Remo Nikles erwidert, dass es schwierig sei im Mitteilungsblatt zu kommunizieren, wenn man noch zu Grund und Konsequenzen noch nichts sagen könne. Man habe zunächst eine Datengrundlage gesammelt, um eine Sicherheit zu haben, was kommuniziert werden könne. Man habe die Daten erst vor zwei Tagen erhalten, da beim zuständigen kantonalen Departement noch ein Umzug stattgefunden habe.

Barbara Fabritius will einen Einblick in ihr Ressort geben. Sie erwähnt Madelaine Passerini, die mittlerweile seit mehr als 100 Tagen bei der Schule Rüfenach als Schulleiterin tätig sei. Sie fühle sich sehr wohl und sie sei wohlwollend aufgenommen worden vom Lehrerteam. Man sei mit 25 Kindern im Kindergarten und 52 Kindern in der Primarschule ins Schuljahr gestartet. Es würden wieder einige Anlässe stattfinden wie Sporttag, Räbeliechtliumzug oder in einer Woche "Zweisamkeit geniessen". Die grosse Mithilfe der Eltern sei nicht selbstverständlich, gerade an Sporttagen beispielweise, und dafür danke sie an dieser Stelle recht herzlich. Nach den Sommerferien habe man auch mit den Tagesstrukturen Rüfenach gestartet. Die Räume seien parat gewesen und die Schülerinnen und Schüler würden sich dort wohl fühlen. Die Kinder dürften manchmal sogar das Menü mitbestimmen, was nicht selbstverständlich sei. Man sei auch achtsam mit den Nahrungsmitteln. Sie höre auch vom Lehrerteam immer wieder, dass es sehr gut rieche in den Gängen und sie auch gern dort zu Mittag essen würden. Die Tagesstrukturen selber feierten noch einen Eröffnungstag, bei dem der Tatzelwurm enthüllt wurde. Mittlerweile sei noch ein Herbstfest durchgeführt worden. Jetzt hoffe man einfach noch auf mehrere Kinder, die das Angebot nutzen dürfen, damit die Zusammenarbeit über das Pilotprojekt hinweg weitergeführt werden könne.

Seit den Sommerferien biete Heloise Clifford Englisch-Unterricht für Vorschulkinder, Kinder bis zur dritten Klasse oder gar ältere Kinder an. Sie habe dies zuvor in einer Zusammenarbeit mit dem PSI gemacht. Da die Kindertagesstätte des PSI von Rüfenach wieder zurück nach Villigen ging, habe sich die Frage gestellt, ob man dies weiterhin unterstützen wolle. Dies werde nun gemacht und Heloise Clifford unterrichte jeweils am Dienstag-nachmittag im Untergeschoss des Gemeindehauses, da auch dieses Angebot grossen Anklang gefunden habe.

Sie wolle noch ein kurzes Update zur IT-Strategie der Schule geben. Im Sommer sei darüber abgestimmt worden. Die Notebooks für den Kindergarten, die erste und die zweite Klasse seien bestellt und eingerichtet worden. Im November oder Dezember würden diese an die Schülerinnen und Schüler verteilt werden. Es seien zwei Geräte für den Kindergarten vorhanden. In der ersten und zweiten Klasse würden sich jeweils zwei Kinder ein Gerät teilen. Ab der dritten Klasse werde für jedes Kind ein Gerät zur Verfügung gestellt. Diese Übergabe werde im Januar stattfinden und es werde noch eine Einführung zu dem Ganzen geben. Es habe noch Verbesserungen beim WLAN gebraucht. Jetzt sei man bezüglich IT auf einem sehr guten Stand.

Die Kinder- und Jugendkommission sei im Jahr 2023 gegründet worden, da bekannt wurde, dass das PSI den Kinderhort von Rüfenach nach Villigen zurückziehe und Rüfenach somit Tagesstrukturen bräuchte. Es hätten sich einige Bürgerinnen aus dem Dorf auf den Aufruf zur Mitarbeit gemeldet. Es sei schnell klar geworden, dass man eine Zusammenarbeit mit dem Tatzelwurm anstrebe. Die Helferinnen und Helfer wollte man jedoch nicht einfach springen lassen, weshalb die Kinder- und Jugendkommission nach den Sommerferien 2024 ihre Arbeit aufgenommen habe. Sie wolle nun den anwesenden Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit geben, sich selbst vorzustellen. Die Mitglieder seien vom Gemeinderat gewählt worden und würden mit Ideen an den Gemeinderat treten. Sie sei von Amtes wegen in dieser Kommission und habe das Präsidium inne. Die Kommission stelle Anträge beim Gemeinderat, aber der Entscheid liege immer beim Gemeinderat.

Mirja Sickert stellt sich als Kommissionsmitglied vor. Sie wohne mit ihrem Partner und ihrem sechsjährigen Kind seit knapp drei Jahren in Rüfenach. Viele würden sie vielleicht als Vorstandsmitglied des Familienvereins Rüfenach kennen. Sie sei Kommissionsmitglied geworden, weil ihr damals die Tagesstruktur Rüfenach sehr am Herzen lag. Sie habe sich sogar überlegt, wenn es nichts geben würde, dann selbst etwas auf die Beine zu stellen. Sie sei aber froh, dass nun eine andere Lösung gefunden wurde. Sie freue sich darauf, gemeinsam weitere Projekte und Themen für die Kinder und Jugendlichen in Rüfenach umzusetzen.

Anne Käppeli begrüsst als weiteres Kommissionsmitglied die Anwesenden und sagt, dass sie dafür sorgen wolle, dass die Ideen kostengünstig oder besser kostenlos umgesetzt werden.

Sandra Renier sagt, dass sie seit elf Jahren im Dorf wohne und dass es ihr auch sehr wichtig sei, dass man etwas für die Kinder und die Jugend auf die Beine stellen könne, das genutzt werde.

Annatina Müller Germanà sagt, dass sie seit vier Jahren hier in Rüfenach sei. Sie habe zwei Kinder, eines sei 6½ Jahre alt und gehe in den Kindergarten, das andere gehe in die KiTa. Sie habe sich auch gemeldet, da sie die Tagesstruktur enorm wichtig finde, um die Attraktivität einer Gemeinde zu erhöhen und da sie das Dorf allgemein spannender machen wolle für Familien mit Kindern. Das Ziel der Kommission sei es, kostengünstige respektive kostenlose Angebote aufzubauen, um die aktuelle, finanziell angespannte Lage der Gemeinde nicht weiter zu strapazieren. Man habe ein paar Ideen entwickelt, die sich alle noch in der Konzeptphase befinden würden, beispielsweise ein Jugendtreff im Dorf in Zusammenarbeit mit der reformierten Kirchgemeinde Rein, damit auch Jugendliche einen Ort hätten, wo sie sich austoben könnten oder ein bisschen für sich sein könnten. Zudem gebe es in ein paar Nachbargemeinden in der Winterzeit bereits das Angebot namens "ä Halle wo's fägt". Dabei öffne man die Turnhalle einmal im Monat an einem Sonntag während zwei bis drei Stunden, damit sich Kinder im Alter von 0 – 6 Jahren dort austoben können. Dies sei eine spannende Sache und man erarbeite zurzeit ein Konzept. Man überlege sich zudem, wie man die Natur um uns herum nutzen könne und beispielsweise den Bruggerberg für Spaziergänge oder Wanderungen mit Kindern attraktiver gestalten könnte. Zuletzt mache man sich auch Gedanken, wie man einen Spielplatz oder eine Begegnungszone für Kinder generieren könnte oder wie man Bestehendes aufbessern könnte, damit ein Spielplatz auch den Namen Spielplatz verdient habe. Man habe auch für Weihnachtsbeleuchtung gesorgt für das Dorf. Es werde hoffentlich in einer Woche beim Gemeindehaus und der Schule die Weihnachtsbeleuchtung aufgehängt, welche die Gemeinde kostenlos zu stehen gekommen sei. Die Anwesenden applaudieren.

Barbara Fabritius bedankt sich bei den engagierten Damen. Es sei sehr spannend, diese Arbeit mitzuverfolgen. Es gebe schon tolle Ideen und sie freue sich auf die weitere Zusammenarbeit. Sie bedankt sich für das Engagement und dafür, dass sie ihre Freizeit für die Kinder und Jugendlichen hingeben.

Andreas Ulrich bedankt sich für die Weihnachtsbeleuchtung. Das sei eine schöne Sache!

Er verweist zudem auf den Artikel im Mitteilungsblatt, wonach Markus Zolliker den Gemeinderat per Anfang Februar 2025 verlassen werde. Man habe gut zusammengearbeitet. Es habe sich so ergeben, dass er halt bereits jetzt den Rücktritt eingereicht habe. Die offizielle Verabschiedung werde dann gemacht, wenn es so weit sei. Er macht den Appell in die Runde, dass wenn man jemanden kenne, der sich dafür interessiere oder wenn man selbst ein solches Amt übernehmen möchte, bei der Gemeindeverwaltung Zettel zu beziehen seien, um Wahlvorschläge zu machen. Man freue sich auf die Meldung guter, geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten.

Er erwähnt die anstehenden Veranstaltungen: Der Weihnachtsbaumverkauf sei am 14. Dezember 2024, ab 09.00 Uhr. Details würden im Mitteilungsblatt folgen. Am 11. Januar könne man die Weihnachtsbäume dann wieder beim Breithof zurückgeben. Dort gebe es wie immer einen Kuchenverkauf der sechsten Klasse. Am 5. Januar finde der Neujahrsapéro statt, zu dem alle herzliche eingeladen seien.

Fragen aus der Versammlung

Michael Hallauer meldet sich zu Wort. Er habe mit verschiedenen Unternehmern aus dem Dorf geredet. Es sei für alle in letzter Zeit aufwendiger geworden, Steuern zu zahlen. Man sei vorsichtig ausgedrückt in regem Kontakt mit dem Regionalen Steueramt Remigen, vor allem mit dem Herrn des Kantons (Steuerkommissär). Er meint, dass es schön wäre, die Unterstützung des Gemeinderats zu erhalten, damit man dort intervenieren könnte. Es sei allen klar, dass man zurückgepiffen werden müsse, wenn man bei der Eingabe der Steuererklärung einen Fehler mache. Wenn es jedoch im legalen, richtigen Bereich sei, dann sollte das Regionale Steueramt dafür schauen, dass man es dabei belassen könne und dadurch den Aufwand für alle Beteiligten kleiner halten könne. Wenn der Herr in Remigen nicht mehr so viel Zeit für die Unternehmer von Rüfenach verwenden würde, wäre er vielleicht auch wieder auf dem neuesten Stand und hätte vielleicht anderweitig wieder mehr Zeit, was andere Leute vielleicht auch glücklich machen würde. Er habe dies einfach so hier platzieren wollen.

Andreas Ulrich sagt, er habe dies auch schon von anderen Ämtern gehört. Der Gemeinderat als Behörde könne hier nicht direkt aktiv werden. Es sei wichtig, dass hier die Betroffenen sich direkt beim Steueramt melden, denn die andere Seite sei ja der Steuerkommissär von Aarau.

Michael Hallauer hakt nach und meint, er sei nun ein bisschen provokativ, doch er sei überzeugt, dass Remigen auch ein Interesse daran habe, dass die Rüfenacher Steuern in Remigen abgewickelt werden.

Andreas Ulrich stimmt ihm in Bezug auf das Steueramt zu, doch das Andere seien die Herausforderungen mit dem Steuerkommissariat. Er betont nochmals, dass der Gemeinderat dort keinen Einfluss habe und dass sich die Betroffenen in Bezug auf das Steuerkommissariat direkt mit dem Regionalen Steueramt Remigen in Verbindung setzen sollten. Er habe sich die Sache jedoch notiert.

Alfred Häusermann hat festgestellt, dass laut Signalisation von Rüfenach Richtung Zoo Hasel die Maximalgeschwindigkeit ausserorts, also 80 km/h gelte, doch in der umgekehrten Richtung dürfe man nur mit 60 km/h fahren. Er fragt, ob sich dies nun geändert habe.

Markus Zolliker sagt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung wie die 60 km/h ausserorts nur bis zur nächsten Abzweigung gelte.

Alfred Häusermann ist der Meinung, dass nicht jede Abzweigung die Geschwindigkeitsbegrenzung aufhebe.

Markus Zolliker sagt daraufhin, dass dies ausserorts durchaus so sei.

Andreas Ulrich ergänzt, dass man dies mit der Polizei und den Vertretern des Kantons so abgeklärt habe.

Andreas Ulrich beendet die Versammlung um 22.30 Uhr und lädt alle zum Apéro im Foyer ein.

Für das Protokoll

Gemeinderat Rüfenach

Andreas Ulrich
Gemeindeammann

Dagmar Bochsler
Gemeindeschreiberin